

Der Countdown läuft

Rainer Balcerowiak

Norbert Hansen hat den Einsatz von Transnet-Mitgliedern als Streikbrecher am Dienstag ausgeschlossen. Dazu dürfte den Chef dieser Eisenbahngewerkschaft das deutliche Urabstimmungsergebnis beim Tarifstreit der Deutschen Bahn AG bewogen haben. 94,8 Prozent der Mitglieder der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer votierten für einen unbefristeten Ausstand.

Nichtsdestotrotz warf er der GDL am Dienstag im NDR-Inforadio vor, für eine »Verrohung der kollegialen Sitten« in der Belegschaft verantwortlich zu sein. Allerdings war er es selbst, der in der vergangenen Woche eine Unterschriftenkampagne gegen die GDL innerhalb der Belegschaft initiiert hatte. Der Transnet-Chef bezeichnete gestern die Forderungen der Gewerkschaft nach deutlichen Lohnerhöhungen und einem Spartentarifvertrag für das Fahrpersonal als »überzogen und völlig aus der Luft gegriffen«. Außerdem würde dadurch der Börsengang der Bahn gefährdet.

Hansen, gleichzeitig Vizechef des Aufsichtsrats des noch bundeseigenen Konzerns, ist nicht der einzige Kapitallobbyist, der sich zur Zeit Sorgen macht. Vertreter der Automobil-, Stahl- und Chemiebranche erklärten am Dienstag, bereits nach einigen Tagen Streik wären Produktionsstopps nicht mehr auszuschließen. Der Bundesverband der Deutschen Industrie warnte gar vor einem Konjunkturunbruch und immensen Schäden in zwei- bis dreistelliger Millionenhöhe pro Tag. Täglich werden in Deutschland rund eine Million Tonnen Güter und Rohstoffe auf der Schiene transportiert. Die GDL hatte angekündigt, am Donnerstag Teile des Güterverkehrs für einige Stunden lahmzulegen

Doch es gibt auch immer mehr Unterstützung für die Forderungen der GDL. In einem am Dienstag veröffentlichten Solidaritätsschreiben des Verbandes der Gewerkschaftsbeschäftigten heißt es: »Wenn es Euch gelingt, durch Euren Streik dem DB-Konzern einen guten Tarifvertrag für das Fahrpersonal abzurufen, wird dies für die gesamte Gewerkschaftsbewegung in Deutschland einen wichtigen Impuls bedeuten«.

Entgegengesetzte Positionen vertraten zwei stellvertretende Parteivorsitzende von Die Linke in Erklärungen. Bei Klaus Ernst heißt es unter anderem: »Das konfrontative, uneinsichtige und allein auf den Börsengang gerichtete Verhalten des DB-Konzerns können die Beschäftigten nur mit Mitteln des Arbeitskampfes beantworten«. Ferner sei es »unerträglich, wie in den letzten Wochen das grundgesetzlich garantierte Streikrecht in Frage gestellt wird. Länder, in denen Streiks verboten sind, sind in der Regel Diktaturen«, so Ernst. Vorstandskollegin Urike Zerhau wirft der GDL dagegen vor, den »notwendigen umfassenden Blick auf ein Unternehmen als Gesamtsystem verloren« zu haben und die »Gewerkschaften insgesamt zu schwächen«.

Im Tarifstreit selbst hat sich am Dienstag kaum etwas bewegt. Bahn-Personalvorstand Margret Suckale begrüßte zwar den Vorstoß von GDL-Chef Manfred Schell, einen Vermittler einzusetzen, lehnte jegliche Verhandlung über einen Fahrpersonaltarifvertrag aber weiterhin kategorisch ab. Sonst drohten »englische Verhältnisse«, erklärte Suckale in Berlin unter Anspielung auf den Kollaps des britischen Bahnverkehrs vor einigen Jahren. Besagte »englische Verhältnisse« waren allerdings nicht die Folge von Tarifverträgen, sondern Ergebnis der Kompletprivatisierung der britischen Bahn samt ihrem Schienennetz. Also Frucht genau jenes Geschäftsmodells, das Bahn AG und Transnet um jeden Preis durchsetzen wollen.